



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 6 6 - 0 1 0 4**  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V/66

Zusätzlicher Personalbedarf für den Aufbau eines Radverkehrsbüros und für die Erschließung von Wohngebieten

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol  
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz  
Stadtkämmerer



## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Zusätzlicher Personalbedarf für den Aufbau eines Radverkehrsbüros und für die Erschließung von Wohngebieten.

### Anlagen:

keine

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein zusätzlicher Personalbedarf für den Aufbau eines Radverkehrsbüros und für die Erschließung von Wohngebieten in Höhe von 6 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) bei Dezernat V/66 notwendig wird.
2. Es wird beschlossen, dass
  - 2.1 bei Dezernat V/66 ein Radverkehrsbüro mit 3 VZÄ (E12, u.a. Verkehrsplaner) eingerichtet wird. Das erforderliche Personalbudget und die erforderlichen Planstellen werden Dezernat V/66 ab 01/2018 dauerhaft außerhalb der Orientierungsrahmendaten zugewiesen.
  - 2.2 bei Dezernat V/66 drei zusätzliche Stellen 3 VZÄ (1 Projektleiter/-in E12 und zwei Bauleiter/-innen E9b) für die Erschließung von Wohngebieten geschaffen werden. Das erforderliche Personalbudget und die erforderlichen Planstellen werden Dezernat V/66 ab 01/2018 dauerhaft außerhalb der Orientierungsrahmendaten zugewiesen.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Siehe IV

### II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

entfällt

### III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

entfällt

#### IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Zu Beschlusspunkt 2.1:

Um den Radverkehr entsprechend des Radverkehrskonzepts zu fördern und die Luftbelastung in Wiesbaden zu reduzieren, werden folgende Maßnahmen als notwendig erachtet:

- Erstellen einer Prioritätenliste mit Maßnahmen für den Radverkehr, mit der Zielrichtung das Radwegenetz massiv auszubauen. Hierfür ist ein geschlossenes Radverkehrsnetz herzustellen, indem insbesondere Netzlücken geschlossen und alle Stadtteile miteinander verbunden werden.
- Umsetzung planerischer Maßnahmen zur Veränderung der Verkehrsführung und der Markierungen. Dies soll dazu beitragen, das Radfahren auf Wiesbadens Straßen sicherer wird.
- Bau einer komfortablen Raddirektverbindung zwischen Wiesbaden und Mainz unter Berücksichtigung der Salzbach-Route.
- Ausschöpfung aller Fördermittel des Landes und des Bundes für den Radverkehr.
- Schaffung von witterungsgeschützten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an wichtigen Quellen und Zielen des Radverkehrs insbesondere an ÖPNV-Haltestellen und an großen Nahversorgungszentren.
- Einrichtung und Finanzierung eines Winterdienstes zur schwerpunktmäßigen Räumung zentraler Radwegeverbindungen.
- Einrichtung und Kofinanzierung neuer „Bike & Ride“-Anlagen an Wiesbadener Bahnhöfen.

Zur Umsetzung o.g. Aufgaben reichen die derzeitigen Personalkapazitäten der Stadt Wiesbaden nicht aus. Nach dem Vorbild der Stadt Frankfurt soll deshalb bei Dezernat V/66 ein Radverkehrsbüro eingerichtet werden. Zu den Aufgaben des Radverkehrsbüros zählen:

- Koordinierung sämtlicher Aufgaben des Radverkehrs innerhalb der Stadtverwaltung
- Planung von Radverkehrsanlagen
- Zusammenarbeit zur Radverkehrsförderung mit den Nachbarkommunen und Nachbarkreisen
- Beschleunigung des Radverkehrs durch eine bedarfsgerechte Verkehrsplanung und des Betriebs der Straßen und Wege
- Akquise von Fördermitteln
- Schaffung eines fahrradfreundlichen Klimas, das von gegenseitigem Respekt aller Verkehrsteilnehmer geprägt ist
- Schaffung von Impulsen zur Motivation der Fahrradbenutzung

Zur Wahrnehmung dieser zusätzlichen Aufgaben sind 3 VZÄ (E12, u.a. Verkehrsplaner) erforderlich.

Zu Beschlusspunkt 2.2:

Ein weiteres stadtplanerisches und sozialpolitisches Ziel ist der Bau von 1200 neuen Wohnungen pro Jahr (davon 400 Wohnungen im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus). Zur Verwirklichung dieses Ziels ist es erforderlich, die benötigten Erschließungsanlagen (Straßen, Wege, Plätze) mit der kompletten Infrastruktur (Kanal, Fahrbahn, Rad- und Gehwege, Straßenbeleuchtung, Ampelanlagen, Verkehrsschildern, etc.) herzustellen und dauerhaft zu erhalten.

Hierzu sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die in Planung befindlichen Wohnungsbauvorhaben sollen zügig umgesetzt werden. Dies betrifft alle Vorhaben, für die mindestens ein Entwurfsbeschluss zum Bebauungsplan gefasst oder die Bebaubarkeit nach § 34 BauGB gegeben ist.

- Alle Konversionsflächen werden entwickelt.
- Das strategische Instrument der Bodenbevorratung wird gezielt eingesetzt.
- Die Dichtevorgabe des Regionalplans Südhessen 2010 wird im Durchschnitt aller Neubau- und Konversionsflächen ausgeschöpft. Dabei werden die vergleichsweise höheren Dichten, insbesondere im Einzugsbereich gut angebundener ÖPNV-Haltestellen, angestrebt.

Um die aktuellen Planungen von Wohnbauvorhaben zeitnah zu beginnen, ist es erforderlich, zuerst die benötigten Erschließungsanlagen fertig zu stellen. Dies betrifft die nachfolgenden Projekte:

- Äußere Erschließung Baugebiet „Bierstadt Nord“, inkl. Verbreiterungen und Neuanbindungen an die B 455, Anbindung der Rheinland- und der Leipziger Straße, Neufassung und oberflächennahe Abführung der Straßenentwässerung in diesem Bereich. Bauvolumen von ca. 13 Mio. €
- Innere Erschließung Baugebiet „Bierstadt Nord“ mit ca. 9 Mio. € Bauvolumen.
- Koordinierung der Maßnahmen der Leitungspartner mit den eigenen Baumaßnahmen und auch die Schnittstelle zum anliegenden Baulastträger Hessen Mobil.
- Aufgaben des Baulastträgers in Verbindung mit der SEG – Maßnahme „Hainweg“.
- Innere und äußere Erschließung weiterer großer Baugebiete wie z.B.: „Auf den Eichen“, „Waldviertel“, „Erbenheim Süd“, etc.

Dies ist mit dem vorhandenen Personal von Dezernat V/66 nicht leistbar. Aus diesem Grund sollen hier drei zusätzliche Stellen (3 VZÄ (1 Projektleiter/-in E12 und zwei Bauleiter/-innen E9b)) geschaffen werden.

## V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 10. August 2017

Andreas Kowol  
Stadtrat